

Von:
Fridays for Future Schleswig-Holstein
Mail: schleswig-holstein@fridaysforfuture.de
Tel.: 0176 87 999 232



An:
Lars Harms
Vorsitzender des Finanzausschusses
Mail: finanzausschuss@landtag.ltsh.de

Stellungnahme zu den Anträgen „Schuldenbremse reformieren“ von der Fraktion des SSW (Drucksache 20/1837 (neu)), „Die Schuldenbremse beibehalten – Investitionsquote etablieren“ von der Fraktion der FDP (Drucksache 20/1901) und „Raum für Zukunftsinvestitionen schaffen – Schuldenbremse weiterentwickeln“ von der Fraktion der SPD (Drucksache 20/1883)

und zur Notwendigkeit einer Reform der Regelung zur Bewältigung von Notlagen vor dem Hintergrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts bezüglich Jährigkeit und Jährlichkeit, die einer mehrjährigen Dauer der Bewältigung von Folgen zum Beispiel einer Naturkatastrophe durch Infrastrukturmaßnahmen entgegenstehen

19.04.2024

Gebt uns ruhig die Schuld(en) – das Lob können Sie behalten

Wir, Fridays for Future Schleswig-Holstein, halten eine Reform oder Weiterentwicklung der Schuldenbremse auf mehreren Ebenen für einen notwendigen ersten Schritt auf dem Weg in eine zukunftsfähige Politik. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 (Az. 2 BvF 1/22) ist unmissverständlich: Der seit langem erste ernstzunehmende Ansatz für vorausschauende Klimapolitik ist nach aktueller Rechtslage verfassungswidrig.

Diesem fatalen Dilemma ist ein Widerspruch inhärent, der die Bundes- und Landespolitik schon vor Jahren hätte aufrütteln sollen, aber in den parlamentarischen Debatten bisher höchstens kleinere und vor allem konsequenzlose Beben verursacht hat. Die ganze Idee von Klimaschutz ist langfristiges, kluges Denken; etwas, das Menschen seit Jahrhunderten ihren Gesellschaften als zivilisatorische Tugend auf die Fahne schreiben. Die ganze Idee der Schuldenbremse verkürzt die Möglichkeit dieses Denkens in einen reinen Verwaltungsakt, der gerade mal so den laufenden Betrieb aufrechterhält. Sie aber sind nicht die Verwaltung, Sie sind die Legislative.

Die Klimafolgen können nicht mit einer einfachen Kosten-Nutzen-Rechnung quantifiziert werden, sondern erfordern die konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips auf existenzielle, kollektive Risiken. Schulden bei der Bank können wir zurückzahlen - Schulden beim Planeten Erde können wir

gar nicht erst aufnehmen. Überschwemmungen, Meeresspiegelanstieg, Starkregen und Sturmfluten bedrohen durch den Klimawandel Schleswig-Holstein bis tief ins Landesinnere. Jeden heute nicht für Klimaschutz und Klimaanpassung ausgegebenen Euro geben wir zukünftig um ein Vielfaches für die Beseitigung verheerender Klimafolgen aus. Zahlreiche Studien, darunter die jüngsten Veröffentlichungen des IPCC machen mehr als deutlich: Es ist nicht mehr 5 vor 12 oder 12, es ist bereits Viertel nach 12. Doch mit den Scheuklappen und Ohrschützern der Schuldenbremse ist es, als hätten wir den Wecker nicht gehört.

Endgültig muss deutlich werden, dass die Schuldenbremse in ihrer bestehenden, in der Verfassung festgeschriebenen Form Schaden in beispiellosem Ausmaß anrichtet. In diesem Sinne richten wir den Appell an Sie: Setzen Sie sich mit aller Kraft für eine Entschärfung, Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse auf mehreren Ebenen ein.

Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu Jährigkeit und Jährlichkeit müssen gerade im konsumtiven Teil des Haushalts den notwendigen Rahmen geben, sind aber bei entsprechendem politischem Willen nicht zwingend das Ende jeglicher zukunftsfähiger Investitionen. Legen Sie den Veranlassungszusammenhang zwischen Maßnahmen für eine sozial-ökologische Transformation und der Umwidmung der Corona-Kredite dar, denn er besteht.

Geben Sie uns ruhig die Schulden, im Zweifelsfall auch die Schuld. Es trifft auf keinen Fall die falschen. Machen Sie revolutionäre Politik und handeln Sie jetzt.

1. Ein Minimum an Verantwortung

Unsere Position zum Antrag des SSW "Schuldenbremse reformieren" (Drucksache 20/1837 (neu)) lautet wie folgt:

Wir befürworten den Ansatz, sich für die Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes einzubringen. Von zentraler Bedeutung ist unserer Ansicht nach die Festlegung einer Investitionsquote, um sicherzustellen, dass nicht nur durch den konsumtiven Haushalt abgedeckte Maßnahmen finanziert werden.

Es ist wichtig, sich von der durch die Schuldenbremse verursachten Handlungsunfähigkeit auf Bundes- und auf Landesebene zu befreien. Diese Bemühungen müssen als erster Schritt verstanden werden, denn die Dringlichkeit, das Dilemma der Schuldenbremse aufzuheben ergibt sich vor allem daraus, dass mit der Aufhebung, Entschärfung oder Reform derselben zunächst gar nichts erreicht ist. Erst im Anschluss müssen Sie politisch vorantreiben, dass die Gelder auch wirklich und wirksam für die sozial-ökologische Transformation eingesetzt werden.

2. Unspezifisch und flexibel in die Krise

Unsere Position zum Alternativantrag der FPD "Die Schuldenbremse beibehalten - Investitionsquote etablieren" (Drucksache 20/1901) lautet wie folgt:

Generationengerechtigkeit bedeutet, jetzt Schulden für eine lebenswerte Zukunft aufzunehmen und zwar im notwendigen Maß und nicht im bequemen. Wir können jetzt überlegt handeln, später nur unüberlegt reagieren. Bitte verwechseln Sie die menschengemachten Regeln der Ökonomie nicht mit den Gesetzen der Physik und der Natur, die Klimaschutz und -anpassung erfordern. Ein Konzept für flexiblere Verschuldungsräume klingt sinnvoll, die bestehenden Ausgabenspielräume aber reichen sicher nicht - vor allem nicht für die von Ihnen korrekterweise aufgeführten Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur. Gemeint ist hierbei natürlich sozial-ökologisch sinnvolle Infrastruktur, etwa in die Schieneninfrastruktur, Strom- oder Wärmenetze. Die langfristigen Finanzierungsspielräume müssen aber auch für den Umbau anderer Strukturen mit jahrzehntelangen Abschreibungszeiträumen erweitert werden, etwa für die Landwirtschaft und die Grundstoffindustrie oder die Transformation des (Um-)Baugewerbes. Geben Sie uns die Freiheit, mehr zu handeln. Es braucht mehr als nur eine Investitionsquote wie sie in Ihrem Antrag angelegt ist.

Die Idee öffentliche Gelder für öffentliche, staatliche Aufgaben einzusetzen ist tatsächlich keine neue linksgrüne Idee: Mit der öffentlichen Finanzierung von Autobahnen, autogerechter Stadtplanung, Subventionen für Kohle oder mehr Viehhaltung hat der Staat den Status Quo erschaffen. Das Einzige, was an mehr Geld für sozial gerechten Klimaschutz neu ist, ist die Ausrichtung der Gelder, nicht die Summe. Wir erkennen an, dass der Status Quo nicht ohne größere Schäden sofort umgewälzt werden kann, indem schlagartig alle Gelder abgezogen oder umgeschichtet werden. Deshalb braucht es die Reform, Entschärfung oder Abschaffung der Schuldenbremse. Berufen Sie sich auf den Leistungsethos, der Ihren Programmen zugrunde liegt: Leisten Sie Großes mit vorausschauender Politik und neuen Ideen.

3. Ein Minimum an Verantwortung plus Unbekannt

Unsere Position zum Antrag der SPD "Raum für Zukunftsinvestitionen schaffen – Schuldenbremse weiterentwickeln" von der Fraktion der SPD (Drucksache 20/1883) lautet wie folgt:

Für diesen Antrag gilt ähnliches wie schon für den Antrag aus Punkt 1. Eines der wichtigsten Argumente im vorliegenden Antrag ist die Kritik daran, dass die Schuldenbremse in ihrer bestehenden, verfassungsrechtlichen Form, konsumtive und investive Haushaltsposten nicht unterscheidet. Dadurch wird jedes mögliche, sinnvolle, politische Programm massiv eingeschränkt. Ein Ende dieser Handlungsunfähigkeit einzuläuten ist dringend erforderlich.

Wir befürworten, in besonderer Weise auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.11.2023 zu reagieren und sich für die Möglichkeit überjähriger Finanzierungen einzusetzen. Denn die große Herausforderung im Umgang mit der Klimakrise ist es eben, langfristig sozial verträgliche und klimaschützende Programme zu finanzieren. Die hypothetischen Folgen der Klimakrise ohne die Maßnahmen dagegen werden immer schwierig zu quantifizieren sein, denn schließlich wollen wir, dass die möglichen Klimafolgeschäden eben nicht eintreten. Unser demokratisches System an dieser durchaus großen Herausforderung scheitern zu sehen, wäre fatal. Sie können das verhindern, indem Sie als Legislative die politischen Kämpfe führen, die niemand anders führen wird.

Allen drei Anträge gemeinsam ist, dass sie die tiefere Kernherausforderung ignorieren: In Zeiten multipler existenzieller Krisen muss die Finanzierung öffentlicher Aufgaben in deutlich höherem Maße von den besonders Wohlhabenden getragen werden, die im Kontext der Klimakrise zudem überdurchschnittlich viele externe Kosten verursachen und davon profitieren. Notwendig wären eine Anhebung der seit Gründung der Bundesrepublik kontinuierlich sinkenden Spitzensteuersätze für Spitzenverdiener, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer mit stärkerer Progression und weniger Schlupflöchern. Dass die Steuerlast für die Gruppe der höheren Einkommen und Vermögen abnehmend ist, während die Mittelschicht den größten Teil der Steuerlast zahlt und die untere Hälfte der Einkommenspyramide sogar seit Jahrzehnten faktisch eine Stagnation der Reallöhne hinnehmen muss, ist nicht zu rechtfertigen und auf die Dauer nicht durchzuhalten.

Die Ampelkoalition hat sich in dieser Situation multipler Krisen (Naturkatastrophen, Umbau der materiellen Grundlagen unseres Wirtschaftssystems, Pandemie, Krieg) - entgegen der historischen Weisheit aller länger überlebenden Zivilisationen der Weltgeschichte - für Steuersenkungen entschieden. Die CDU erhebt noch weitergehende Forderungen. Eine solche Finanzpolitik ist auch mit einer intelligenteren Schuldenbremse nicht nachhaltig und befördert die Polarisierung und letztendlich die Auflösung unserer Gesellschaft.